

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

259 (6.11.1922)

Volkstreuend

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 2.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2.85 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Ablagen abgeholt 2.15 M monatlich, Einzelhefte 10 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 22.-M, auswärts 27.-M. Die Reklamezeile 90.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die deutschen Reparationsvorschläge

Berlin, 5. November.

Die Reichsregierung hat am Samstag die Ausarbeitung der von der Reparationskommission gewünschten Vorschläge abgeschlossen. Nachmittags fand eine Kabinettsitzung statt, die die Grundlagen für die endgültigen Vorschläge formuliert und die eine Redaktionskommission zur abschließenden Formulierung einsetzte. Nach Beendigung der Redaktionsarbeiten trat das Kabinett um 10 Uhr wieder zusammen. Die Ausarbeitung fand die Billigung der anwesenden Kabinettsmitglieder. Die Vorschläge werden am heutigen Sonntag, vormittags 10 Uhr, der Reparationskommission durch den Reichsfinanzminister Dr. Hermes übergeben.

Im Vergleich zu den am Freitag den Vertretern der alliierten Staaten auf Wunsch überreichten Denkschriften, die als Programm der Reichsregierung zur Stabilisierung der Mark, zur Balanzierung des Etats und zur Behebung der schwebenden Schuld zu betrachten sind, handelt es sich bei den am Sonntag überreichten Vorschlägen gewissermaßen um Ausführungsbestimmungen, also um eine Ergänzung der bereits übergebenen Denkschriften. Gesamlich bildet nach Auffassung der Reichsregierung die Gewährung einer Geldanleihe, deren Höhe die deutschen politischen Vorschläge offen läßt, die Voraussetzung zur Stabilisierung der Mark und im Zusammenhang hiermit zur Balanzierung des Etats und zu einer Behebung der schwebenden Schuld. Als Sicherheitseinstellung für eine äußere Anleihe bietet die Reichsregierung der Reparationskommission neben finanziellen Einnahmen u. a. bestimmt umgrenzte Ausfuhrrechte an, die keine Einschränkung der Souveränität der Reichsregierung bedeuten. Das Kapitel über die von Deutschland zu leistenden Sicherheiten nimmt den Hauptteil des Raumes in den Vorschlägen ein. Vorausgesetzt, daß die äußere Anleihe zustande kommt, ist die Reichsregierung bereit, auch im Innern Maßnahmen zu treffen, die sich im wesentlichen unseren Forderungen gegen die Währungsnotlage anschließen sollen.

Allgemein verlautet, daß die von der Reichsregierung betrachteten Vorschläge, oder besser Ausführungsbestimmungen, äußerst konkret sind. Das wäre erfreulich, denn nur so ist ein Fortschritt bei in Berlin beginnenden Verhandlungen zu erwarten. Ist erst einmal eine angemessene Verhandlungsgrundlage

geschaffen, die für die Reparationskommission wie für das ganze Ausland einen Beweis des guten Willens der deutschen Regierung liefert, dann wird man schon dem Ziele näher kommen. Als Voraussetzung aber sind positive Vorschläge Deutschlands notwendig.

Bei der Verteilung der deutschen Vorschläge darf die Reparationskommission nicht vergessen, daß sie es mit einem Verhandlungspartner zu tun hat, dessen Wirtschaft und dessen Finanzen ruiniert sind und der deshalb kaum Angebote machen kann, wie sie die Nationalisten in Frankreich sehen wollen. Sind die Vorschläge konkret — und das hoffen wir — dann muß sowohl die Reparationskommission wie die Reichsregierung dafür Sorge tragen, daß die Verhandlungen schnell ein Ende finden. Mit jedem Tag der Verzögerung sinkt die Mark mehr, wird die Sozialisierungsarbeit, die gleichzeitig auch der Reparationskommission ernsthaft am Herzen liegt, erschwerter.

Am Montag oder Dienstag wird der Reichskanzler die Vertreter über den bisherigen Gang der Verhandlungen mit der Reparationskommission und den Inhalt der deutschen Vorschläge unterrichten.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, wird die nächste gemeinsame Sitzung der Vertreter der Reichsregierung mit den Delegierten der Reparationskommission, die am Dienstag stattfinden wird, die Kohlenlieferungen Deutschlands an die Alliierten zum Verhandlungsgegenstand haben. An der Sitzung werden auch Vertreter der Kohlenindustrie teilnehmen. Da die Reparationskommission durchaus geneigt sei, Vorlegungen von deutscher Seite über die Reparationslieferungen anzuhören, so hofft das Blatt, daß ein neues Abkommen erzielt werde, das den Bedürfnissen Deutschlands gerecht wird.

Wie die Blätter mitteilen, sind gestern der Reparationskommission die Vorschläge der deutschen Regierung überreicht worden. Laut „Montagszeitung“ wird der Inhalt gleichzeitig in Berlin und Paris heute Montag bekannt gegeben werden. Wie der „Berl. Vol. Anz.“ meldet, werden die Verhandlungen mit der Reparationskommission, die am Dienstag wieder aufgenommen werden, voraussichtlich Ende der Woche ihren Abschluß finden.

Vom Landtagswahlkampf in Sachsen

G. Sch. Löbnitz (im Erzgebirge), 4. Nov.

Wenn die Leser des „Volkstreuend“ diese Betrachtungen über den Landtagswahlkampf in Sachsen zu Gesicht bekommen, finden sie in der gleichen Ausgabe wahrscheinlich auch die ersten Nachrichten über den Ausfall der Wahlen, die morgen, Sonntag, stattfinden werden. Und wenn morgen abend die Wahlvorsteher im ganzen Lande um 6 Uhr den Wahlakt schließen, ist ein Wahlkampf zum Abschluß gebracht worden, der an Umfang der organisatorischen Arbeit und an Intensität wohl kaum jemals in Deutschland seinesgleichen gehabt hat. Die Wahlkämpfe in Sachsen, die seit einem halben Jahrhundert zwischen der Sozialdemokratie und dem Bürgertum ausgefochten worden sind, waren stets von besonderer Heftigkeit und meistens waren sie auch hülben und drüben organisatorische Großleistungen. Kein Wunder. Frühzeitiger und schärfer als wohl sonst in einem deutschen Gebiet prallten hier mit der einsetzenden Industrialisierung Deutschlands die Klassengegensätze aufeinander. Frühzeitig kam die sächsische Industrie zu hoher Blüte; die sächsischen Textilbarone standen an ausbeuterischem Treiben sicher nicht hinter den sächsischen Textilherren und anderen zurück und Bebel und Liebknecht führten schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hier Wahlkämpfe mit dem Bürgertum. Erst heute zeigten wir hier oben im Erzgebirge, in meinem alten Wahlkreise, Parteiveteranen wieder Witzliebarten und Wahlflugblätter aus den sechziger Jahren, die sie wie Heiligtimmer behüteten. Das sächsische Unternehmertum hat bis kurz vor der Umwälzung in Deutschland die Arbeiterbewegung und ihre Vertrauensleute mit einem fanatischen, oft ans Lächerliche grenzenden Eifer verfolgt. Und dabei fand es Jahrzehntelang die brutalste und von der Infamie gezeichnete Unterstützung bei den sächsischen sächsischen Regierungen, bei den Militär- und Polizeibehörden. Außer der sächsischen Justiz hat keine andere in Deutschland die Unparteilichkeit so gefährdet und allem Rechtsempfinden in hunderten von Urteilen Hohn gesprochen, wenn Sozialdemokraten vor Gericht standen, wie gerade die sächsische Justiz vor ehemals. Das Löbtauer Schredensurteil dürfte bei den älteren Genossen noch in Erinnerung sein.

Auf diesem Boden und unter solchen Verhältnissen mußten naturgemäß die Wahlkämpfe zur besonderen Heftigkeit sich entwickeln. Um den Gegner in einem Wahlkreise zu schlagen, konnten die sozialistischen sächsischen Arbeiter eine Fähigkeit und einen Opfermut entwickeln, der größte Anerkennung verdient. Als beispielsweise zur Reichstagswahl 1903 die Leipziger Genossen es sich vorgenommen hatten, die beiden bis dahin unerschütterten konservativen Hochburgen, die vorwiegend landwirtschaftlichen Wahlkreise Schatz-Wurzen und Borna-Nöschitz zu erobern, in denen der gegenwärtige sächsische Innenminister Pipinski und ich kandidierten, brachten sie außer einer sonstigen hohen Wahlfondssumme allein für diese beiden Kreise rund 50 000 M auf. Und die beiden Wahlkreise wurden auch tatsächlich nach erbittertem Ringen gewonnen. Außer der Wahlkreise war die politische Bewegungsfreiheit durch eine infam schuhriegelnde Polizei und durch die raffinierten Fesseln des alten sächsischen Vereinsgesetzes äußerst beeinträchtigt. Was Wunder, wenn dann die durch die Wahlkreise gegebene größere Bewegungsfreiheit mit wachsender Feuersicherheit ausgenutzt wurde von der Arbeiterkraft.

Die Wahlkämpfe in den letzten Jahren wiesen nicht die Heftigkeit der früheren auf, bis auf den Landtagswahlkampf, der morgen abend sein Ende erreicht haben wird. Was aber diesmal an wahlorganisatorischer Arbeit geleistet worden ist, ist selbst für sächsische Verhältnisse ganz außergewöhnlich — das gilt für unsere Partei wie für die bürgerlichen Parteien. Mit Hilfe der Kommunisten wurden die bürgerlichen Parteien die Landtagsauflösung erzwungen, vereint mit den Kommunisten stimmten sie seit Wochen unter dem Aufgebot aller verfügbaren Kräfte gegen die Sozialdemokratie an, um die Wiederkehr einer sozialistischen Regierung zu verhindern. Während die bürgerlichen Parteien dabei mehr Geschick entwickelten als die Moskauer-Spendiaten, so laufen die letzteren in der niederträchtigen Kampfweise selbst den Deutschenationalen den Rang ab.

Der Ausgang der Wahl morgen ist von ganz erheblicher innerpolitischer Bedeutung. Das weiß man hülben und drüben. Und darum auch die gewaltigen Anstrengungen. Alle Parteien haben auch den letzten kampffähigen Mann aufgebieten; mit Ausnahme des Zentrums, das in Sachsen keine Rolle spielt, sind auch die Reichstagsabgeordneten aller Parteien in großer Zahl seit Tagen hier rednerisch tätig, die Führer aller Parteien haben ausnahmslos ebenfalls in einer größeren Zahl von Versammlungen gesprochen. Ich hätte wohl nicht zu hoch, wenn ich die Zahl der von unserer Partei abgehaltenen Versammlungen auf 3000 beziffere; im gleichen Verhältnis steht auch die bürgerliche Versammlungsaktivität. Die Kommunisten dagegen machen sich die Propaganda einjücker und billiger. Selbst bringen sie im all-

Wahlergebnisse aus Sachsen

Es liegen folgende Teilergebnisse von den sächsischen Landtagswahlen vor:

Dresden, 5. Nov. Die sächsischen Landtagswahlen sind, soweit bis jetzt bekannt ist, ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch.

Dresden, 5. Nov. Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen wurden in Dresden-Stadt abgegeben insgesamt für die Deutschenationalen Volkspartei 56 055 Stimmen (bei der letzten Wahl im November 1920: 46 173); Wirtschaftspartei 205 (251); Deutsche Volkspartei 68 092 (55 830); Vereinigte Sozialdemokratische Partei 146 641 (Mehrheitslos, und Unabhängige zusammen 102 121); Zentrum 4506 (3769); Demokratische Partei 20 124 (9744); Sozialsozialisten 6012 (0); Kommunisten 29 470 (18 466).

Dresden, 5. Nov. Bei den Wahlen zum sächsischen Landtag entfielen nach den bis 11 Uhr abends vorliegenden Teilergebnissen auf der Kreisbauernschaft Leipzig auf die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 88 600 Stimmen, auf die Demokratische Partei 10 532, Zentrum 439, Deutsche Volkspartei 33 045, Deutschenationalen Volkspartei 53 878, Kommunisten 24 800 Stimmen.

Dresden, 5. Nov. Das Gesamtergebnis im Wahlkreis I Sachsen ist nach den bisherigen Zählungen folgendes: Insgesamt wurden abgegeben 936 471 Stimmen. Davon entfielen auf die Deutschenationalen 190 410 (176 176); Deutsche Volkspartei 162 275 (141 468); Demokratische Partei 51 938 (57 164); Vereinigte Sozialdemokratische Partei 419 087 (340 501); Kommunisten 51 566 (14 824); Wirtschaftspartei 5201 (17 725); Sozialsozialisten 10 200 (0); Zentrum 15 730 (17 764).

Chemnitz, 5. Nov. Ergebnis der Landtagswahlen aus 140 von 181 Bezirken: Vereinigte Sozialdemokratische Partei 44 841 Stimmen, Kommunisten 22 847, Deutschenationalen 20 018, Demokraten 9242, Zentrum 634, Deutsche Volkspartei 26 453, Sozialsozialisten 172.

Plauen i. S., 5. Nov. Vereinigte Sozialdemokratische Partei 17 752, Kommunisten 6192, Deutschenationalen 14 723, Demokraten 5036, Zentrum 415, Deutsche Volkspartei 10 655, Sozialsozialisten 801.

Leipzig, 5. Nov. Vereinigte Sozialdemokratische Partei 224 657 Stimmen, Demokraten 43 074, Zentrum 3221, Deutsche

Volkspartei 132 205, Deutschenationalen 113 966, Kommunisten 72 364.

Insgesamt erhielten die sozialistischen Parteien 297 021, die bürgerlichen Parteien 293 366 Stimmen.

Leipzig, 5. Nov. Leipzig-Stadt 872 548 gültige, 1500 ungültige Stimmen. Es erhielten die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 140 230, Demokraten 29 627, Kommunisten 46 072, Zentrum 2958, Deutsche Volkspartei 104 332, Deutschenationalen 52 279 Stimmen.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluß telephonisch aus Sachsen gemeldet wird, darf nach der Ueberlicht, die die bisher vorliegenden Wahlergebnisse bieten, damit gerechnet werden, daß die Absicht der bürgerlichen, die sozialistische Regierung und Mehrheit zu stürzen, nicht gelingen ist. Wahrscheinlich werden aber auch im neuen Landtag wiederum die Kommunisten das Bindeglied an der Wage bilden. Soweit sich die Wahlergebnisse überblicken lassen, wird die Sozialdemokratie ein Viertel Stimmen mehr als die bürgerlichen Parteien aufgebracht haben. Die Deutschenationalen veranstellten gestern noch überall größere Umzüge mit Musikkapellen zur Wahlproklamation. Falls die uns telephonisch übermittelte Wahlüberlicht stimmt, würde das Wahlergebnis eine glatte Niederlage der bürgerlichen Parteien bedeuten, da ja ihr Ziel war, die sozialistische Mehrheit zu brechen. Die Wahlbeteiligung war sehr stark, 85-90 Prozent.

Wie WTB. mitteilt, sind die Sozialdemokraten in den Bezirken Zwickau, Plauen, Zittau und Wauzen in der Minderheit geblieben, in Leipzig haben sie eine erhebliche Mehrheit, im Dresdener Bezirk stark zugenommen. Die Kommunisten scheinen am allgemeinen keine Verluste erlitten zu haben. Stark zugenommen haben die Demokraten, besonders in Zwickau und Zittau.

Prozeß Hermes

Berlin, 4. Nov. In dem Prozeß gegen die „Freiheit“ wurde der Angeklagte Senzel zu 10 000 M Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Minister Dr. Hermes wurde die Publikationsbefugnis im „Vorwärts“, in der „Germania“ und in der „Aöln. Volksztg.“ auf Kosten des Angeklagten zugesprochen. Die in betracht kommenden Blätter der „Freiheit“ werden eingezogen und unbrauchbar gemacht.

Es ist ein richtiger Pyrrhussieg, den Dr. Hermes errungen hat. „Nur so ein Sieg, und ich bin verlorren!“ mag er im Stillen denken. Daß die beleidigenden Ausdrücke Strafe finden mußten, war klar. Aber sie waren ja nur Zwischenschritte, nur ein Vorstadium, um Klarstellung zu schaffen. Schwere als diese 10 000 M wiegen vor dem Urteil des Volkes die Worte des Gerichts über die „Freiheit“ und über das Tatgefühl eines Weimant. Der Minister, so betont die Urteilsbegründung, hätte seine Beziehungen zu dem Wingerwerbhand abbrechen müssen, als er von den geringen Preisen Kenntnis erhielt; jedenfalls hätte er diese Beziehungen nicht von neuem aufnehmen dürfen.

gemeinen nennenswerten Versammlungsbefuch nicht auf. Deshalb sprechen ihre Redner in unseren Versammlungen, aber nicht in bürgerlichen. Die Schmiergelber werden eben von Moskau alle in zu dem Zwecke gegeben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und, womöglich, die deutsche Arbeiterbewegung zu sprengen. Die Bekämpfung der Reaktion und des Kapitalismus ist im Munde der Kommunisten stets Wahre und Gerechtigkeit gewesen. Obwohl ich im allgemeinen die Auffassung vertritt, die Kommunisten in unseren Versammlungen einfach nicht mehr zu Worte kommen zu lassen, bei dem jetzigen Wahlkampf in Sachsen konnte in Rücksicht auf die obwaltenden Umstände zu dieser Maßregel nicht gegriffen werden, weil es faktisch richtiger war, sie reden zu lassen und dann schamlos mit ihnen abzurechnen.

Während bisher bei Wahlkämpfen in Sachsen die christliche Propaganda eine große Rolle spielte, mußte sie diesmal unter der Bedingung der durch die Papiermangel herbeigeführten exorbitanten Papierpreise auf ein Minimum beschränkt werden. Nach der Parteipresse konnte der hohen Papierpreise wegen nicht den Kampf in dem Umfang führen, wie er durch die Schläge und durch die Bedeutung dieses Kampfes geboten war. Das ist ein erheblicher Vorteil für die bürgerlichen Parteien, den sie natürlich sofort auch erkannt haben. Die heutige — letzte — Ausgabe der Blätter vor dem Wahlgang lehrt denn auch, wie die bürgerlichen Parteien sich die für uns ungünstigen Verhältnisse zu Nutze machen. Trotz der hohen Inflationen sind die bürgerlichen Blätter seit Tagen mit großen Wahlberatern besetzt; besonders die Deutsche Volkspartei zeichnet sich darin aus. Sie ist ja auch die Partei der wohlhabenden kleineren reich gewordenen Industriellen. Die Maschinen- und Textilfabrikanten haben durch die gigantische Preiswuchererei ungeheure Summen verdient. Sie können jetzt die „Zehntausender“ freigebig für den Versuch flattern lassen, die sozialistische Mehrheit im sächsischen Landtage und damit die sozialistische Regierung zu verhindern. Die Industriellen und ihre Partei sind schon so übermächtig in diesem Kampfe, daß sie ganz offenkundig mit den Wählern schändlicher spielen. In einem Wahlberatern, das auf Vorgänge in Thüringen Bezug nimmt, verurteilen sie die Wähler durch den Hinweis, daß das Lied „Neb' immer Treu und Redlichkeit“ nicht mehr in den Schulen gesungen werden dürfe, wenn abermals die Sozialdemokraten siegen. „Neb' immer Treu und Redlichkeit“ —! Davon sprechen die Herrschaften, die durch die rückwärtslosten Devisenmanöver, durch unerhörten Preiswucher und durch andere geschäftliche Manipulationen das Volk ausplündern. In der Verwendung von bunten Farben, übrigens geschickt gemachten Wahlplakaten legt sich die Volkspartei keinerlei Beschränkung auf — die Industriellen haben es ja dazu.

Wer mit den hiesigen Verhältnissen vertraut ist und die Wahlpropaganda aufmerksam beobachtet, erkennt unschwer, daß die Deutsche Volkspartei unter allen bürgerlichen Parteien über den besten Wahlapparat verfügt und den Kampf methodisch und systematisch führt. Was übrigens bei späteren Wahlen im ganzen Reich der Fall sein wird. Und da das Volk- und Industriekapital beinahe täglich seinen Einfluß auf immer weitere Kreise zu erstrecken vermag, und ein großer Teil der Arbeiter, der Angestellten und kleinen und mittleren Beamten durch Abonnement der bürgerlichen Presse das Volk- und Industriekapital tatkräftig unterstützt, wird man die volksparteiliche systematische politische Tätigkeit sehr bald recht fühlbar zu spüren bekommen.

Um die politischen und wirtschaftlichen Fragen zu bepreisen, die speziell für Sachsen und in diesem Wahlkampf eine Rolle spielen, wird die gegebene Stunde eine Betrachtung über den Wahlausfall sein. Den Wahlausfall selbst voraussetzen zu wollen, wäre schon deswillen verfehlt, weil alle bisherigen Erfahrungen auf die gegenwärtige Situation gar nicht anwendbar sind. Nur eins ist sicher: die Sozialdemokratie steht in einem unheimlich harten Kampfe, den sie einmal in der Verteidigung und dann in tatkräftig keineswegs günstiger Position führen

muß. Worüber mich auch der überaus glänzende Besuch der Versammlungen z. B. im Erzgebirge nicht hinwegzutäuschen vermag. Die Genossen der beiden bisherigen sozialistischen Parteien haben vereint ihr Bestes in diesen Tagen hergegeben. Offenlich wird ihnen auch der Erfolg beschieden sein. Aber ohne in dieser Stunde wissen zu können, wenn der Erfolg ausfallen wird, so lehrt dieser Wahlkampf, daß die deutschen Arbeiter sich auf ein politisches Ringen schwerster Art und in größtem Maßstabe heute schon gefaßt machen müssen.

Rechtspuischbestrebungen in Bayern

Die Bayerische Volkspartei sieht bei ihren Versuchen, das bisherige Regierungssystem fortzuführen, auf unermittelte Schwierigkeiten. Bisher nahm sie davon Abstand, ihre Parteiführer mit der Regierungsbildung zu betrauen. Sie sucht nach „nationalen“ Persönlichkeiten, die, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben, „jeht Überwindung genug besitzen, die Rolle eines Brückenkopfes zu übernehmen und der Reichspartei die Möglichkeit zu geben, bei gleichbleibenden Verhältnissen im Parlament, je nach der Konjunktur mal ein bißchen nach links, mal ein bißchen nach rechts zu regieren.“ Staatsrat Dr. Moser, der als Reichstags Nachfolger gedacht war, scheint das Schicksal seiner Vorgänger Rade und Verheul zu fürchten. Ihn hat es offenbar stutzig gemacht, daß ein Führer der Bayerischen Volkspartei geäußert hat: „Wenn der neue Ministerpräsident uns nicht mehr paßt, dann scheidet wir ihn eben wieder fort.“ Da die Suche nach einem brauchbaren Objekt bisher ohne Erfolg war, ist die Einberufung des Landtags, die für den 8. November geplant war, auf nächste Woche verschoben worden. Bemerkenswert ist, daß innerhalb der demokratischen Partei eine Strömung besteht, die für den Wiedereintritt in die Koalition weilt.

Die „Münchener Post“ wendet sich in ihrer Donnerstagsausgabe mit einer Warnung an die Arbeiterklasse, sich nicht von rechtsradikalen Kreisen provozieren zu lassen. Unser Parteileitende hebt besonders hervor, daß die „Nationalsozialisten“ nach dem Vorgehen der italienischen Faschisten Aufschreitungen für den 11. November planen. Diese Aufschreitungen der „Münchener Post“ werden von der Berliner „Voss. Zeitung“ bestätigt, die feststellt, daß in Bayern tatsächlich Aufschreitungen bevorstehen. Sie behauptet weiter, daß sich Ehrhardt in München befindet, und daß er der Träger des Gedankens sei, durch einen Druck nach faschistischer Art die Aufrichtung eines Mitteldeutschen Reiches zu ermöglichen. Gleichzeitig mit dieser Aktion soll einer gewaltigen Einverleibung Norditaliens in das italienische Staatsgebiet zuvor- gekommen werden.

Nach unseren Informationen treffen die Angaben der „Vossischen Zeitung“ über den Aufenthalt Ehrhardts in München oder wenigstens in unmittelbarer Nähe von München zu. Die Münchener Polizei wird wohl wissen, wo der von Ehrhardt nach dem Rapp-Putsch gestohlene Schimmel, der jetzt ein Pöbel hat, und ebenso die braune Stute gegenwärtig untergebracht sind, und man sollte annehmen, daß es ihr bei diesem Zusammenhang nicht schwerer fallen sollte, endlich auch die Gestalt der Oberkappeln selbst ausfindig zu machen. Man muß leider an der Objektivität der bayerischen Polizei zweifeln, so daß man es den Reichsbehörden nicht verheimlichen kann, wenn sie vorläufig noch nach München zur Festnahme suchen, die ohne die bayerischen Aufschreitungen ausgeführt werden können.

Aus der Partei

Ausschluß aus der Partei. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Ostens hat den früheren Reichstagsabgeordneten Hafensahl aus der Partei ausgeschlossen. Hafensahl hatte, offenbar in Verärgerung darüber, daß er bei der letzten Reichstagswahl an vierter Stelle auf die Kandidatenliste kam und nicht gewählt wurde, zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen eine besondere Liste aufgestellt, am 7. Oktober ließ er sich aber auch auf die Liste der Partei als dritter Kandidat stellen und war nicht dazu zu bewegen, seine eigene Kandidatenliste zurückzugeben zu machen. Aus diesem Grunde sah sich die Partei veranlaßt, den an sich verdienstvollen Genossen zu ihrem Bedauern auszuschließen.

Es kann kaum finden. Auch der Verkehr der großen Welt ringsumher hätte es noch nicht erdet. Ein etwas mangelhaftes Pfalter und seine schmalen Bürgersteige aus Sandsteinplatten waren sauber wie ein Teppich, die zwei niederen Häuser reihen rechts und links hinter umgürteten Zwerggärtchen, die eine fortlaufende Front bildeten, strahlten im warmen Rot frisch gebrannter Ziegel. In sechsunddreißig feuer geschützte Sandsteinfenster, sechsunddreißig Fenster im Grundstock, die durch eine eckartige Ausbuchtung den Wänden der Reuegerien besonders hervorgehoben waren, zweimal so viele kleinerer Fenster im ersten und einzigen Stock lagen regungslos in die Mitle Straße. In den Fenstern, die zu der schönen Suite des Hauses gehörten, standen genau am gleichen Maße sechsunddreißig Tischchen, auf denen sechsunddreißig kunstgegenstände den ästhetischen Sinn der Bewohner der Grünheustraße bekundeten. Hier aber zeigten sich Unterschiede. Im ersten Erker trug ein betender kleiner Gipsengel, im nächsten stand ein Kessel mit prächtigen Kerzen aus Seife. Dem kam eine Korbbedale aus Papiermasse unter einer Glasglocke. Dieser folgte, nicht unpassend, der betende Engel aus dem ersten Fenster noch einmal, in verfeinertem Maßstab, aber auf einem schwarzen Unterfah, und so weiter. Die zwei Sandsteinstufen und der messingfarbene Klopfer an den Türen braunen Decktüren waren ohne Ausnahme von musterhafter Souberkeit. Die Korbbedale, die Seifenpfeife sowie die Engel zeigten auch in dieser Beziehung beachtenswerte Eigentümlichkeiten. Wegen die Fensterhaken gedrückt, stand da und dort neben denselben ein Stück weißer Pappe, auf dem in schwarzen Buchstaben zu lesen war: Immer zu demieten. Das war Grünheustraße.

Ihre Bewohner waren im Durchschnitt achtbare arme Leute; zum guten Drittel Witwen oder Frauen, denen ihr Mann auf andere Weise abhanden gekommen war; dann aber auch kleine Familien mit selten weniger als sechs Kindern. Die Familienhäupter waren Verkäufer in großen Lagerhäusern, Werksführer in Spinnereien, Buchhalter, kleinerer kaufmännischer Geschäfte; alles Leute, die morgens mit großer Pünktlichkeit verschwand und abends mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerks wieder auftauchten. Den Tag über war die Straße ein Sonderparten ohne Baum und Strauch, der an den biblischen „Sand am Meer“ erinnerte. Dies gab ihr etwas Sonnenlicht, an dem sie keinen Heberlauf hatte. Die schwarzen Rauchwolken der Dumberte von Fabriksteinkaminen im Innern der Stadt sorgten hierfür, wenn der Wind aus Osten kam. Drehte er sich, so kam das schwarze Gewölbe aus Salford. — Die Witwen, die in der Nähe unter

Badische Politik

Landtagsbeginn. Der Landtag nimmt am Dienstag, 7. November, seine Tätigkeit wieder auf. Die erste Sitzung findet an diesem Tage vormittags 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen die Wahlen des Präsidiums und der Ausschüsse und der Nachruf für verstorbenen frühere Abgeordnete. Es besteht die Absicht, das Präsidium in seiner bisherigen Zusammensetzung: Abg. Witte mann (Bil.), Präsident, Abg. Maier (Heidelberg (Soz.)), erster Vizepräsident, Abg. Gehard (Soz.) zweiter Vizepräsident wiedergewählen. — Am nachmittags desselben Tages 4 Uhr findet eine zweite Sitzung statt, in der voraussichtlich die Wahlen des Ministers des Kultus und Unterrichts, des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters vorgenommen werden.

Die Zentrumsfraktion hat beschlossen, der Kandidatur Gellpaach für den Posten des Kultus- und Unterrichtsministers zuzustimmen. Weiter ist das Zentrum dafür, daß der bisherige Modus der Besetzung des Postens des Staatspräsidenten beibehalten werde; in diesem Jahre hätte also unsere Partei den Staatspräsidenten zu stellen. Als Stellvertreter wird vom Zentrum Minister Köhler vorgeschlagen.

Religionsunterricht in der Fortbildungsschule. Ein evangelischer Lehrer schreibt uns: Auf Veranlassung des evang. Oberlehrers werden gegenwärtig Erhebungen darüber angestellt, welche Volksschullehrer bereit sind, in der Fortbildungsschule Religionsunterricht zu erteilen. Sowie man hört, daß diese Aufgabe in verschiedenen Städten einen völlig negativen Erfolg zeitigt, was für gewisse Herrschaften nun ein willkommener Anlaß ist, ihr Petrusmedaillon über die „religionsfeindlichen Lehrer“ zu erheben. Die Haltung der Lehrer ist aber zu verstehen, wenn man sieht, wie dieses an sich schöne, herzerhebende Unterrichtsfaß den meisten Fortbildungsschülern ungenießbar, wenn nicht verhaßt ist und zwar in Erinnerung an die Form und die Methode, mittels deren es ihnen früher in der Volksschule nahe oder „beigebracht“ wurde. Wie protestantischen Lehrer sind für eine intensive sittlich-religiöse Erziehung unserer Jugend, aber in anderer Form und entschlossene Gegner davon, daß schulfremde Kräfte und Mächte durch Gewalt, durch Werben, durch Straferpressungen, durch die Polizei gezwungen werden, Religionsunterricht entgegenzunehmen. Zwang erbittert, Druck erzeugt Gegendruck. Der evang. Oberlehrer und die ihm unterstellten Geistlichen haben trotzdem diesen Unterricht gefordert — der Landtag hat gegen die warnende Stimme der Sozialdemokraten leider nachgegeben — die Wäiter, die das Kind aus der Taufe gehoben haben, mögen sich seiner nun auch annehmen und es warten. Sie mögen nun als echte Sozialisten diesen heiligen Unterricht selbst übernehmen und nicht anderen auszubehnden versuchen.

Bezirksrats- und Kreisratswahlen. In Konstantz haben sich ebenfalls sämtliche politische Parteien auf eine gemeinsame Liste geeinigt, jedoch auch hier eine Wahl nicht in Frage kommt. — Ebenso ist in Hartmanns für beide Wahlen ein Kompromiß ausfindig gemacht. — Auch in Stadach ist für die Bezirksrats- und Kreisratswahlen eine gemeinschaftliche Liste aufgestellt.

Kleine badische Chronik

Selbberg, 4. Nov. Von der Welle. Der im Stadteil Kirchheim seit langen Jahren erscheinende „Kirchheimer Generalanzeiger“ hat sein Erscheinen eingestellt. — Festgenommen wurde ein Bürodiener wegen Diebstahls verschiedener Herrenkleiderstoffe im Werte von 800 000 M.

Schramberg, Werdbergsch und Selbstmord. In der Straße des 8. November ist der Konditor Georg Stechle von dem früheren Besitzer der „Binde“ Faber Schmidt, mit dem er in Streit lebte, nach kurzem Wortwechsel mit einem Revolver in den Rücken geschossen worden. Schmidt nahm nach Auslieferung der Tat flucht, das rasch seinen Tod herbeiführte. Die Untersuchung des Konditors Stechle ergab, daß die erlittene Verletzung nicht lebensgefährlich ist, da es sich nur um einen Brustwund handelt.

Ottensheim, 4. Nov. Auf dem Heiligen Bahnhöfen wurden der Tochter eines hiesigen Händlers 40 Pfund Butter abgenommen, die vorstehende Menge mit Obst verpackt waren. Einem anderen Händler nahm man 11 Pfund ab.

Unglücksfälle. Der Weidenwärtter Friedrich Herr von Orlenberg, der sich am Vorabend um vierhundert Gulden vom Grab seiner Tochter nach Wengenhausen begeben wollte, geriet in der Dunkelheit mit seinem Sohn vom Wege ab. Als sie endlich die Straße wieder gefunden hatten, brach plötzlich, wohl infolge der aufregenden Anstrengungen, der Vater tot zusammen.

Ein solches Kost gefunden zu haben, bedauerte ich nicht unmittelbar meinem Glück, das sich damals mit auffälliger Verhartlichkeit hinter den Rauch und Rauchwolken der Fabrikstadt verbarg. Gleich am zweiten Tage meines Hierseins, als ich mich mit dem Mut der Unwissenheit, den besten Zeugnissen der Welt und einem warmen, wenn auch sehr allgemein gehaltenen Empfehlungsschreiben aus London kammen in einer der ersten Fabriken Manchester's — Scarce, Steward u. Co. — vorstellte, teilte um die Fabrik besichtigten zu dürfen, teils und noch viel mehr in der Hoffnung, ein bescheidenes Glück als Teilnehmer zu finden, beugte ich einem halben geringeren Grad von Unwissenheit, mit noch besseren Zeugnissen und zwei Empfehlungsschreiben aus London ausgestattet, verfolgte genau die gleichen Absichten.

(Fortsetzung folgt.)

Hinter Pflug und Schraubstock

Wissen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs
Von Max Goltz
(Hochschullehrer)

Berufsragik

1. In der Grünheustraße

Hat jemals ein führender Psychologe dem Bewegungsgehe der Erinnerungen nachgehört? In seltenen Fällen ziehen sie ruhig dahin, auf ihrem stillen Weg nach rückwärts; meist tanzen sie in wunderlichen Sprüngen wie Fackelträger, kreuz und quer, beleuchten auf einen Augenblick hier eine alte Haustür, dort ein schwimmendes Bildchen Holz, hier ein wehendes Hündchen, dort das Säcklein eines Menschenangeichts, das längst zu lächeln aufgehört hat. Heller leuchten sie auf, je weiter sie rückwärts kippeln, lassen lange Strahlen in Heiser Nacht, um mit einemmal ein jugendliches Glück, einen kindlichen Jammer zu überstrahlen, als schiene die Sonne von heute darauf, ehe alles wieder in bläuliche Dämmerung verschwindet. Es geht einiger Mut dazu, die Formel zu suchen, welche die Kräfte dieser Bewegung beherrscht, gleitend, haltend, springend, lodend, fast immer rückwärts, bis, an einem kritischen Punkt die Auslösung einer geheimnisvollen Feder den ganzen Mechanismus auf den gestrigen Tag vorwärts und das Spiel von neuem beginnt. Meines Wissens hat es noch niemand gewagt. Ich kann deshalb unbefangt, eine Regel zu brechen, den letzten Abschnitt der Erinnerungen, die diese Wälder zusammenhalten, beginnen, fast wo ich den ersten begann.

Es wird seit fast vierzig Jahren mit jedem Tag unerklärlicher geworden sein, wie das Sträßchen zu seinem Namen gekommen ist: „Grünheustraße“. Der Gedanke an schnittliche Wälder, an düftendes Heu, selbst an einen einfachen ländlichen Kuhstall lag wohl keiner Gasse in der weiten Welt ferner als ihr. Von all diesen heblischen Dingen trennten sie Meilen von Wald und Pfaltersteinen, die der grimmige Klotenkraut langsam zu deckte, der auch sie schon mit einer Hülle überzog, ähnlich dem bläulichen Duft auf einer Pflaume. Dies wird heute wohl völlig gelungen sein. Demals war das Sträßchen noch jung und hatte seinen phantastischen Namen vielleicht der Jugend zu danken. Selbst auf den neuesten Stadtplänen von Manchester war es nur in schwächeren punktierten Linien angedeutet, und wer nicht wußte, daß es im Südosten der gewaltigen Fabrikstadt zu suchen war,

Letzte Nachrichten Der 9. November

Der Bezirksverband unserer Großberliner Parteiorganisation und die Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung rufen die Arbeiterbewegung Groß-Berlins auf, „den 9. November, den Tag der Revolution, durch Arbeitsruhe zu begehen“. Die Arbeiterbewegung soll dadurch beweisen, daß sie entschlossen ist, die Errungenschaften der Revolution unter allen Umständen zu verteidigen. — Am Donnerstag nachmittags findet in Berliner Volkshäusern eine große Demonstration zur Erinnerung an den 9. November statt.

v. Knilling Ministerpräsident in Bayern

München, 4. Nov. (Eig. Bericht.) Die Koalitionsparteien des Bayerischen Landtages haben sich am Samstag nachmittags auf die Kandidatur des früheren Königl. Staatsministers Dr. Knilling als Nachfolger Lecherfelds geeinigt. Dr. Knilling hat sich bereit erklärt, die Kandidatur anzunehmen. In einer anschließenden interfraktionellen Besprechung wurde beschlossen, den Landtag für Mittwoch den 8. November einzuberufen. Die in dieser Sitzung vorzunehmende Wahl Dr. Knilling zum Ministerpräsidenten ist nach der Zustimmung der Bayerischen Mittelpartei und des Bayerischen Bauernbundes als gesichert zu betrachten.

Die Hochverräter Ehrhardt und Lüttwig in München

In einem Artikel unter der Aufschrift: „Bayern vor der Diktatur?“ berichtet unser Münchener Parteiorgan, daß General Lüttwig in München sich aufhalte. Weiter heißt es: „Ungeklärt wird von den politischen Wirkkräften Ehrhardts Ziel beibehalten: Aufrichtung eines Mittelbayerischen Reiches, das außer Bayern noch Tirol und Salzburg, womöglich aber das ganze Deutschösterreich umfaßt, das mit Hilfe Ungarns besetzt und niedergebungen werden soll. Durch die jüngsten Vorgänge in Italien haben diese Ideen neue Kraft erhalten. Die Organisation einer bewaffneten Wehr zu diesem Zwecke wird in diesen Tagen lebhaft betrieben.“

Diese Pläne sind durchaus nicht neu. Die Einleitung zu ihrer Verwirklichung, also der Kampf, unterließ bisher immer, weil man selbst in den rechtsradikalen Kreisen Widerspruch erhob. Heute aber ruft man: Wo ist der deutsche Mussolini??

Am Freitag abend veranstalteten die Nationalsozialisten in München eine Versammlung, in der Hermann Eßer über „Menschenrechte im Volkstaat“ referierte. Er teilte mit, daß am Samstag früh der Regierung eine Forderung überreicht wurde in der rücksichtslos durchzuführen, eine Sonderbestimmung Bayerns gegen den Wucherer sowie Fingel- und Todesstrafe gegen jeden Wucherer gefordert werden. Sollte diesen Forderungen nicht Rechnung getragen werden, würde das Volk zur Selbsthilfe gezwungen werden. In Italien sei es einer Handvoll nationalgefährter Männer gelungen, Ordnung zu schaffen. Auch Bayern werde seinen Mussolini haben, wenn anders keine Ordnung zu erreichen sei! Unter einer nationalen Diktatur werde es sich besser leben lassen als im freien Volkstaat!

Man könnte diese Worte als reaktionäre Propaganda abtun, wenn nicht andere Ereignisse zur gleichen Zeit zu registrieren wären.

Produktionssteigerung und Arbeitszeit

Eine Erklärung der Gewerkschaften

W.D.V. Berlin, 4. Nov. Die vier Spitzenverbände der Gewerkschaften fanden am 4. November eine Vertretung zum Reichsarbeitsminister, um ihm ihre Stellungnahme zur gegenwärtig viel erörterten Frage der Arbeitszeit und ihrer gesetzlichen Regelung darzulegen.

Die Gewerkschaftsvertreter betonten, daß sie durch eine einseitige Behandlung dieser Frage durch die Unternehmer zur Sicherstellung ihres Standpunktes genötigt seien. Sie verwahrten sich mit allem Nachdruck gegen die Annahme, als sei die Steigerung der Produktion lediglich eine Frage der Arbeitszeit. Sie werde vielmehr bedingt durch die verschiedensten Faktoren, insbesondere müßten die Unternehmer selbst durch die Art ihrer Wirtschaftspolitik mehr als bisher produktionssteigernd wirken. Die heutige Politik der Kartelle und Trusts verändere tiefgreifend die volle Ausnutzung der produktiven Kraft und schädige die Lebenshaltung des deutschen Volkes. Die Gewerkschaften seien der Überzeugung, daß zur Steigerung der Produktion es keineswegs von vornherein der Achtstundentages bedürfe. Auf dessen Boden seien die Gewerkschaften dazu bereit, bei gleichzeitiger Anwendung aller anderen produktionssteigernden Maßnahmen ihre Mitwirkung zuzusagen zu einer möglichst ergiebigen Ausnutzung der Arbeitszeit und zu ihrer Anpassung an die durch die Zeit und Umstände bedingten besonderen Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft.

Der Reichsarbeitsminister begrüßte diese Ansprache und betonte, daß die Reichsregierung dazu entschlossen sei, die sozialpolitischen Bedingungen der Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Arbeitszeit zu wahren. Ebenso ermit aber sei die Verpflichtung der Regierung, alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft das deutsche Volk und das deutsche Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das sei zwar in erster Linie eine Aufgabe der Außenpolitik, erfordere aber andererseits auch alle erdenklichen Anstrengungen im Innern und nur das Volk, das seine eigenen Kräfte regelt und ausnützt, habe Anspruch auf die Achtung und Hilfe des Auslandes. Er hoffe, daß es, wie bisher einer Verständigung zwischen Arbeitnehmerseite und Regierung gelingen werde, alle diese Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen.

Kampfanzeige englischer Sozialisten gegen die Friedensverträge

Das weltpolitische Programm der Labour Party

London, 5. Nov. Der Sekretär der Fabian Society verlas gestern einen Vortrag des im Wahlkampf begriffenen Arbeiterführers Henderson über die Arbeiterpartei und die ausstehenden Angelegenheiten. Es heißt darin, es habe den Staatsmännern, deren Schöpfungen in verschiedenen Friedensverträgen sowie in der internationalen Lage zu Tage träten, schied an, die Fähigkeit der Arbeiterpartei zum Regieren anzuzweifeln. Die Arbeiterpartei sei in ihren Auffassungen und Interessen im wesentlichen international. Die Friedensverträge seien ein Mißerfolg. Das Problem von morgen sei die Abänderung dieser Verträge und die Anwendung der Grundzüge politischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Der Versailles Vertrag gründe sich auf die irrtümliche Annahme, daß trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nationen von einander das wirtschaftliche Leben einiger Länder zerstört werden könne, ohne daß dadurch andere Länder in Mit-

leidenschaft gezogen würden. Durch die wirtschaftlichen Bestimmungen dieses Vertrages sei das Wirtschaftssystem Deutschlands erschüttert worden; England und andere Länder hätten dadurch einen wertvollen Abnehmer verloren. Zugleich habe man jedoch Deutschland eine weitentstehende Abhängigkeit auferlegt, die angefochten werden könne, wenn die deutsche Wirtschaft durch den Versailles Vertrag gebrach worden sei, seine Leistungsfähigkeit übersteige. Der Vertrag von Sevrès sei ein Gegenstück des Versailles Vertrags. Die alliierte Politik im nahen Osten habe zu einem fast unbegreiflichen Chaos geführt. Das Verhältnis zu Rußland biete ein weiteres Beispiel dafür, wie politische Vorurteile die Augen der alliierten Staatsmänner gegen die wirtschaftlichen Tatsachen geblendet hätten. Henderson erklärt, daß, bevor nicht die Arbeiter und Vorbeiter der Friedensverträge nicht weggefegt seien, keine Hoffnung für Europa bestehe. Es müsse daher ein Apparat für die Revision der durch den Frieden geschaffenen territorialen Veränderungen, wo eine solche Revision notwendig sei, geschaffen werden. Deutschland müsse von dem Diktat der Alliierten in seinen nationalen Angelegenheiten befreit werden. Die Reparationsforderungen müßten auf den zur Wiederherstellung der gestörten Gebiete notwendigen Betrag herabgesetzt werden und die Wiederherstellung, soweit möglich, durch deutsches Material und durch deutsche Arbeiter geschehen, wofür eine internationale Anleihe oder mehrere ausgegeben und durch Annuitäten, die sich Deutschland zu zahlen verpflichten würde, garantiert werden müßten. Die interalliierten Kriegsschulden müßten gestrichen und dafür ein allgemeiner Plan für die Neuordnung Europas und zur Wiederherstellung des Handels durchzuführen werden. Rußland müsse voll anerkannt und ebenso wie Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden, der das Hauptwerkzeug für die Lösung der Weltprobleme werden müsse.

Briefkasten der Redaktion

W. 1. Format: 10 1/2/17 Ztm. 2. Das von Ihnen angeführte Beispiel stimmt.
A. K. in K. Wenn Sie eine Maßkarte erhalten haben, stehen Sie auch in der Wählerliste und dürfen selbstverständlich wählen.

Schriftleitung Georg Schöpflin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Überredung und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Politische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Revision Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Prekariat Josef Gieseler; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Werner, alt 1 Jahr, Vater Martin Kuenzer, Geiger, Rosa Bernheimer, alt 59 Jahre, Witwe von Simon Bernheimer, alt 59 Jahre, Witwe von Simon Bernheimer, Hofbräuhaus, Anna Friedmann, alt 28 Jahre, ohne Beruf, Josef Reinhold, alt 76 Jahre, Witwe von Wilhelm Reinhold, Bauunternehmer, Jakob Kleiber, Metzgermeister, alt 57 Jahre.
Verdingungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Montag, 6. Nov.: 1 Uhr: Jakob Kleiber, Metzgermeister, Schillerstraße 35. — 2 Uhr: Adam Waj, Steuerinspektor, Gottesackerstraße 17. — 4 1/2 Uhr: Adele Schönig, Inallalatur-Geschäft, Augustenstraße 20. — 8 Uhr: Elise Reinhold, Privatmanns-Witwe, Kirchstraße 105 (Neuerbestattung). — 8 Uhr: Eina Kreuzinger, Bräuhaus, Henneberggäß. 43.

Marktordnung

Über den Handel mit Schlachtvieh auf dem städt. Viehhof Karlsruhe.

Mit Zustimmung des Stadtrats wird auf Grund der Reichsverordnung vom 19. September 1920 über die Aufhebung triebwirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiet der öffentlichen Fleischversorgung, des Reichsgesetzes vom 18. April 1922 über die Fleischversorgung, der Reichsverordnung vom 26. Oktober 1920 über die Fleischversorgung beim Schlachtvieh mit Schlachtvieh betr. und der bad. Verordnung vom 30. Juni 1922 die Fleischversorgung betr. folgende Marktordnung des Landkommissionärs für die Kreise Karlsruhe und Baden vom 23. Oktober 1922 Nr. 5074 für vollziehbar erklärt.

Drittpolizeiliche Vorschriften

Die Vieh- und Schlachtviehmarktordnung der Landeshauptstadt Karlsruhe vom 26. August 1914 erhält folgende Fassung:

D. Verkauf.

Sonderere Marktordnung für den Handel mit Schlachtvieh auf dem städt. Viehhof Karlsruhe.

§ 1. Der Handel mit Schlachtvieh auf dem städt. Viehhof ist zulässig:

a) nach Lebendgewicht. Das Lebendgewicht ist durch Waagung festzustellen. Dabei sind die Tiere nützlich zu wiegen oder mindestens 5% Verlust in Abzug zu bringen. Als nützlich gelten Tiere, die mindestens während 12 Stunden vor dem Wiegen nicht gefüttert oder gerannt sind.

b) nach Schlachtgewicht auf Grund besonderer Genehmigung des Ministeriums des Innern und nur für Großvieh, Schafe und Schweine. Das Schlachtgewicht muß nach der veterinärärztlichen Bescheinigung vom 28. August 1903 festgestellt werden.

c) nach Stück mit besonderer Genehmigung des Ministeriums des Innern und nur bei logenannem Vieh (geringgenährte Ställe und Färsen).

§ 2. Zur Überwachung des Marktvorfalles und der Preisbildung wird eine besondere Markt-Kommission bestellt. Die Mitglieder derselben werden vom Stadtrat ernannt aus Vertretern der Stadtverwaltung, des Viehhandels, des Metzgergewerbes und der Landwirtschaft. Außerdem gehören der Kommission an ein Vertreter der Polizeibehörde, der Preisprüfungsstelle und der Viehärztliche.

Den Vorsitz in der Kommission führt der Direktor des Schlacht- und Viehhofes bzw. dessen Stellvertreter.

§ 3. Die Markt-Kommission hat die Einhaltung der für den Handel erlassenen Vorschriften zu überwachen und bei der Preisermittlung mitzuwirken. Sie ist auch betraut im Bedarfsfall besonders anzuordnungen für die Marktzeiten und für die Viehauflage zu treffen.

§ 4. Sowohl Käufer als Verkäufer sind verpflichtet, der Markt-Kommission Auskunft über die bezahlten Preise zu erteilen und die erforderlichen Nachweise zu liefern.

Über jeden Verkauf ist vom Verkäufer ein Verkaufsschein (Schlachtschein) vorzulegen, der die für die Vieh- und Schlachtviehmarktordnung erforderlichen Angaben enthält.

§ 5. Die ermittelten Preise sind nach Schlachtviehklassen in einem amtlichen Bericht (Marktbericht) zusammenzufassen. In denselben sind auch Angaben

über die Befähigung des Marktes und über den Geschäftsgang aufzunehmen.

§ 6. Strafvorschriften.

Stöße § 14 des Reichsgesetzes vom 18. April 1922 (Reichsgesetzblatt Seite 460/65) und § 11 der badischen Verordnung vom 30. Juni 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 470).

Karlsruhe, den 27. Okt. 1922. O. J. 149
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion B.

Die Errichtung einer Wohn- und Anstaltenerweiterung der Vieh- und Schlachtviehmarktordnung betr.

Das Bezirksamt der Kreise Karlsruhe und Anstaltenerweiterung in Karlsruhe, die berechtigt sind, über den Antrag auf Errichtung einer Wohn- und Anstaltenerweiterung für das Vieh- und Schlachtviehmarkt abzukommen, wird gemäß § 20 Abs. 2 der Ministerialverordnung vom 4. 3. 1898 in der Zeit vom Freitag, den 10. bis einsch. Samstag, den 18. November d. J. während der Dienststunden auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 76 zur Einsichtnahme für die Beteiligten aufgelegt.

Einwendungen gegen die Errichtung der Wohn- und Anstaltenerweiterung sind innerhalb der Auflegungsfrist beim unersetzten Oberbürgermeister schriftlich oder mündlich vorzubringen; häretere Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt. An der Abmündung können nur diejenigen Sachverhalte teilnehmen, welche in das Verzeichnis eingetragen sind.

Karlsruhe, den 4. November 1922. 3068
Der Oberbürgermeister.

Städt. Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe

Mit Rücksicht auf die weitere bedeutende Geldentwertung werden die nachstehenden Gebühren gemäß § 55 der Satzungen mit sofortiger Wirkung wie folgt neu festgelegt:

1. Die Schätzungsgebühren der Pfandleihkasse (§ 31 letzter Absatz der Satzungen)

a. für Goldpfänder:
bei einem Schätzungswert bis zu 200 M. auf 2% von 201—1000 M. auf 2% und mindestens 6 M.

einem Schätzungswert über 1000 M. auf 1% und mindestens 20 M.

b. für sonstige Pfänder:
bei einem Schätzungswert bis zu 200 M. auf 2% von 201—1000 M. auf 1% und mindestens 6 M.

einem Schätzungswert von über 1000 M. auf 1/2% und mindestens 10 M.

Wenn das Darlehen unter 100 M. bleibt, wird keine Gebühr erhoben.

2. Die Lagergebühren der Pfandleihkasse (§ 37 a der Satzungen)

für Pfänder im Schätzungswert bis zu 200 M. auf 4% und mindestens 1 M.

für Pfänder im Schätzungswert von 201—1000 M. auf 2% und mindestens 8 M.

für Pfänder im Schätzungswert von über 1000 M. auf 1% und mindestens 20 M.

Die Gebühr wird für jeweils 3 Monate oder einen angelegenen Teil dieser Zeit berechnet.
Karlsruhe, den 25. Oktober 1922. 3067

Verwaltungsrat
der Städtischen Spar- und Pfandleihkasse.

Residenz-Sichtspiele

Waldstr. 30 — Telefon 5111.

Bis einschließlich Freitag.
Zu den Nachmittags-Vorstellungen 3—5 Uhr sowie 5—7 Uhr haben auch Jugendliche unter 18 Jahren zu halben Preisen Zutritt.

Die Jungfrau v. Orleans

7 Akte.
Bearbeitet nach Fr. v. Schiller.
In der Hauptrolle:
Gertrude Farrar.

„Fatty als Liftboy“
Lustspiel in 2 Akten. 551

Auf vielseitiges Verlangen

halten wir für unsere Niederlage Herrn Dax, Herren- und Damenfriseur, beim Bahnhof in Karlsruhe im Gasthof z. Albtal Ettlingerstr. 43 (Straßenbahnhaltestelle)

Sprechstunden

am Montag, d. 6. u. Dienstag, d. 7. Nov. von morgens 9 Uhr bis 7 Uhr abends ab.

Die 28jährige Tätigkeit in Behandlung sämtlicher Haar- und Bartwuchsstörungen wie Ausfall, Schuppen, Beissen, autretende kahle Stellen, langjährige Kahleheit, bürgert für gewöhnliche Beratung und Heilbehandlung.

Gg. Schneider & Sohn, Stuttgart, Gymnasialstrasse 21 a, 1. Stock.

Schlupfer, Ulster,

Wederleber, Anzüge, Hüfen und Schuhwaren aller Art. (Gelegenheitsläufer) kann man sich sehr preiswert bei

Glozer, Zahnarzt, 53 a.

Gold- und Silber-Schmelze

Hirschstrasse 10, Ecke Kaiserstrasse Tel. 2391
zahlt für Gegenstände aus Platin, Gold und Silber die höchsten Marktpreise.
Händler erhalten Vorzugspreise.

Druckarbeiten

aller Art liefert die Buchdruckerei „Volkstreu“, Luitpoldstr. 24.

Meinen Freunden und Bekannten sowie einer verehrten Nachbarin mache ich die Mitteilung, daß ich das Gasthaus

Zum Waldhorn

als Durlacher- und Waldhornstraße übernommen und eröffnet habe.
Winniger Bier, hell und dunkel, bürgerliche Weine und hausgemachte Würstchen.
Um gütigen Zuspruch bitte!

Andreas Scheer
früher zum „Schwarzen Adler“.

Badisches Landestheater.

Montag 6. November, 7 1/2—9 1/2 Uhr. 4. 80.—
I. Sinfonie-Konzert d. Bad. Landestheat.-Orchesters
Leitung Fritz Coriolanis — Solist Eilhard Moritz

Aufkauf

Alt-Gold, Silbergegenstände, Platin, Gebisse
p. Zahn 450 M.
und mehr
Ziegler Akademische Straße 20.
Telephon 321.

In 30 Minuten

Ihre Passfoto
nur im Photogr. Adlerstr.
Karlstr. 60, Eing. Adlerstr.

Möbel, Reiten m. Fedd., Möbel, alte Platten, Eisen, Zische, Stühle, Schreit, Spiegel, Panel, breitt abzugeben. 5617
Sofenstr. 92, 2. St. r.

Schuhwaren

aller Art (Gelegenheitskäufe) offeriert billigst
An- und Verkauf-Geschäft Grotzer,
Zähringerstrasse 53 a.

Diagnostik Anzeigen.

Holzhauserarbeit-Vergabung

Die Stadtgemeinde Karlsruh vergibt die Holzhauserarbeiten im Gemeindeviertel und in den äußeren Anlagen für das Abgabjahr 1923. Angebote sind bis längstens

Donnerstag, den 16. November, vorm. 11 Uhr und zwar beim Stadtmag. auf dem Feldmeer, bei Strichholz auf den Ezer und bei Wälden auf 100 Stück lautend, schriftlich anher einzureichen.

Die Neben- und Nebenbedingungen liegen auf dem Stadthaus Zimmer Nr. 10 zur Einsicht auf.
Das Bürgermeisteramt.